

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dünhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin OS 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copalstr.

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckkosten für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 26. Dez. 1929

Warum nicht Finanzminister?

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Die Funkstunde Berlin hatte den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Hertz aufgefordert, sich vor dem Mikrophon über die Gründe zu äussern, die ihn zur Ablehnung des ihm angetragenen Amtes des Reichsfinanzministers bewogen haben. Dieser Aufforderung ist Dr. Hertz am Donnerstag nachgekommen.

Einleitend verwies Abg. Dr. Hertz darauf, dass die deutsche Finanzpolitik seit längerer Zeit vor zwei grossen Problemen stehe: der Behebung der Kassenschwierigkeiten und der Finanzreform. Nach einer ausführlichen Schilderung der Ursachen der Kassenschwierigkeiten, der Mittel ihrer Abhilfe, der Zuspitzung im Frühjahr ds. Jhs. und der Zuspitzung jetzt im Dezember legte Hertz dar, wie es wegen der ausländischen Anleihe zu dem Konflikt mit Schacht, der Annahme des Schuldentilgungsgesetzes, der Beschaffung eines inländischen Kredits für die Reichskasse und zu dem Rücktritt des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding und des Staatssekretärs Dr. Popitz kam. Zu dem zweiten Problem der Finanzreform führte Hertz aus:

"Die Beseitigung der Kassenschwierigkeiten des Reiches ist sicherlich die dringlichste Aufgabe und zugleich die wichtigste Voraussetzung für eine Finanzreform. Die bisherige Politik der Reichsregierung suchte dieses Ziel durch Beschaffung von ausländischen Krediten zu erreichen. Nachdem dies durch das Eingreifen des Reichsbankpräsidenten Schacht verhindert worden ist, ist auch für die Finanzreform, insbesondere für die angestrebte Steuersenkung ein ganz neuer Tatbestand geschaffen.

Durch die Annahme des Young-Planes werden zwar die deutschen Reparationslasten in den nächsten Jahren um rund 700 Millionen Mark jährlich ermässigt. Davon steht aber nur ein kleiner Teil für Steuersenkungen zur Verfügung, da der grössere Teil dieses Betrages für den Ausgleich des Reichshaushaltes erforderlich ist. Die ungünstige Entwicklung der Reichsfinanzen im Jahre 1929, die Stagnation des Wirtschaftslebens, die vermutlich auch im Jahre 1930 die Reichsfinanzen ungünstig beeinflusst, engt den Spielraum weiter ein, auf dem das Finanzprogramm der Reichsregierung beruht. Alle diese Tatsachen in Verbindung mit den Kassenschwierigkeiten haben bei ernstlichen Finanzkritikern Bedenken hervorgerufen, ob es überhaupt möglich sei, Steuersenkungen in erheblichem Umfange vorzunehmen. Diese Kreise wiesen darauf hin, dass eine Steuersenkung erst in Frage kommen könne, wenn zuvor die Kassenschwierigkeiten des Reiches beseitigt und die Fehlbeträge im Haushalt gedeckt seien.

Nach dem Einkreisen des Reichsbankpräsidenten Schacht und nach der Verpflichtung, 450 Millionen im Jahre 1930 zur Schuldentilgung zu verwenden, ist über die Sachlage noch viel ernster als vorher. Das Schuldentilgungsgesetz lässt zwar die Frage offen, welcher Teil von diesen 450 Millionen Mark aus Steu-

ern und welcher Teil aus Einsparungen bei den Ausgaben aufzubringen ist. Berücksichtigt man jedoch die ungeheuren Schwierigkeiten, die auftauchen, wenn man Ersparnisse in nennenswertem Umfange bei den Ausgaben erzielen will, so kommt man zu dem Ergebnis, dass die 450 Millionen wahrscheinlich nur dadurch beschafft werden können, dass die in Aussicht genommene Finanzreform mit der Ermässigung der Steuerlasten auf erhebliche Zeit verschoben werden muss.

Diese Erkenntnis ist auch bei der Reichsregierung vorhanden. Man kann infolgedessen annehmen, dass das Schuldentilgungsgesetz nicht ohne Einfluss bleiben wird auf den Zeitpunkt und den Inhalt der von der Reichsregierung geplanten Finanzreform. Dem steht jedoch die Tatsache im Wege, dass das Vertrauensvotum, das die Reichsregierung am 14. Dezember vom Reichstage erhielt, ausdrücklich auf das Finanzreformprogramm Bezug nahm. Gewiss geschah dies nur vorbehaltlich der endgültigen Gestaltung der Gesetze im einzelnen. Es enthält auch nur die Verpflichtung zur "Wahrung" der Grundzüge der Finanzreform der Regierung. Lernerhin ist die Regierung dadurch auf dieses Programm festgelegt, so dass es strittig sein kann, ob ein neuer Finanzminister frei ist in seinen Entscheidungen oder gebunden ist an die bisherigen Absichten der Reichsregierung. Das ist um so wichtiger, weil die Reichsregierung auch nach der Annahme des Schuldentilgungsgesetzes an dem Programm der Steuersenkung festgehalten hat.

Unter normalen Verhältnissen wäre der neuen Besetzung des Amtes des Reichsfinanzministers eine Klärung dieser Frage vorangegangen. Aber dieselben aussenpolitischen Erwägungen, die den Rücktritt der Gesamtregierung verhindert haben, zwangen zur sofortigen Wiederbesetzung des Postens des Reichsfinanzministers. Wollte man die Haager Konferenz nicht gefährden, so musste ohne jede Verzögerung der neue Finanzminister sein Amt antreten. Zeit zu neuen Verhandlungen unter den Parteien und mit der Regierung war infolgedessen nicht vorhanden. Die Annahme des Amtes musste bedingungslos erfolgen und die Klärung etwaiger Streitfragen auf die Zeit nach den Haager Verhandlungen verschoben werden.

Unter diesen Umständen konnte ich mich zur Annahme des mir angetragenen Amtes nicht entschliessen. Bereits seit längerer Zeit habe ich grosse Zweifel, ob eine Reichsfinanzreform mit dem Ziele einer Steuersenkung, die wirtschaftlich grossen Nutzen bringen kann, finanzpolitisch möglich ist. Mein Standpunkt deckt sich mit dem Schlusssatz der Erklärung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die der Abgeordnete Breitscheid am 13. Dezember im Reichstage abgab."

Abschliessend erklärte Dr. Hertz: "Nach der Verpflichtung des Reiches zur zwangsweisen Tilgung seiner Schulden werden die Möglichkeiten der Finanzreform weiterhin erheblich eingeschränkt. Es ist überhaupt fraglich, ob durch diesen Druck von aussen die unabhängige Führung der Reichsfinanzpolitik noch möglich ist, auf die jeder Wert legen muss, wenn er volle Verantwortung zu übernehmen hat. Daher entspricht es den Grundsätzen des parlamentarischen Staates, dass diejenigen, die diese Entwicklung herbeigeführt bzw. gebilligt haben, auch die Verantwortung für sie übernehmen. Da die Regierung sich an ihr früheres Finanzprogramm gebunden erachtet, musste die Besetzung des Amtes des Reichsfinanzministers mit einem Manne erfolgen, der auf dem Boden dieses Programmes steht und glaubt, es verwirklichen zu können. Kommt er in seiner Tätigkeit zu der Ueberzeugung, dass von den bisherigen Absichten abgewichen werden muss, so wird ihm die Aufstellung neuer Ziele und ihre Durchsetzung auch leichter möglich sein als demjenigen, der immer offen seine Zweifel bekannt hat."

SPD. Haag, 26. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die erste Plenarsitzung der Haager Schlusskonferenz ist nach einer Mitteilung des Haager Auswärtigen Amtes zu Freitag, den 3. Januar nachmittags 5 Uhr einberufen worden.

+ + +
Die Reichsregierung wird ihre Entscheidung über die Zusammensetzung

der deutschen Delegation am Freitag treffen. Ausser dem Aussenminister, dem Finanzminister und dem Minister für die besetzten Gebiete dürften der Delegation von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Kabinetts entweder Reichswirtschaftsminister Schmidt oder der Reichsminister des Innern Severing angehören. Reichsbankpräsident Schacht dürfte ebenfalls als deutscher Delegierter mit nach dem Haag reisen.

SPD. In Berlin erhängten bzw. töteten sich durch Gas über Weihnachten 8 Personen. In vier Fällen blieben die Selbstmordversuche ohne Erfolg. Sechs Personen kamen durch Unglücksfälle zu Tode; darunter drei in einer Wohnung. Sie hatten den Gashahn nicht richtig geschlossen. Drei Personen büssten ihr Leben durch Strassenunfälle ein.

Am ersten Weihnachtsfeiertag erstach ein Berliner Kaufmann in der Wohnung seines Schwiegervaters zunächst seine dreijährige Tochter. Er brachte dem Kind mit einem Hirschfänger einen Stich ins Herz bei, der auf der Stelle tödlich wirkte. Dann richtete der Kaufmann die Waffe gegen seine Frau, die einen schweren Brust- und Rückenstich erhielt, an deren Folgen sie bald nach der Tat starb. Schliesslich richtete der Kaufmann die Waffe gegen sich selbst. Mit drei schweren Bruststichen wurde er ins Krankenhaus transportiert. Sein Zustand wird als hoffnungslos bezeichnet. Die Ursache dieser schrecklichen Tat war Nervenzerrüttung.

SPD. Paris, 26. Dezember (Eig. Drahtb.)

In der Kammer, die am Dienstag Abend ohne besondere Vorkommnisse und besondere Reden die aussenpolitische Debatte vertagte, kam es am Donnerstag bei der Fortsetzung der Diskussion zu einem ziemlich heftigen Zusammenstoss zwischen Tardieu und der extremen Rechtsopposition, die Tardieu zu einer bemerkenswerten Demonstration von der Kammertribüne aus veranlasste.

Der Ministerpräsident hatte mitten in einer Rede des zweiten Vorsitzenden der Reparationskommission, des Abg. Dubois, der auf das heftigste den Young-Plan angriff, das Wort ergriffen, um zu erklären, dass die Regierung der unsicheren parlamentarischen Situation müde sei und die Kammer gezwungen habe, durch eine eindeutige Abstimmung zu den aussenpolitischen Problemen Stellung zu nehmen. Ehe die Regierung im Haag und in London eine schwere Verantwortung auf sich nehme, werde sie verlangen, dass die Kammer sich in ebenso eindeutiger Weise für oder gegen sie ausspreche. Die Regierung sei sich bewusst, dass sie sich innerpolitischen Gefahren aussetze, sie wolle aber nicht eine politische Situation fortbestehen lassen, in der Abgeordnete, die der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen hätten, trotzdem ununterbrochen von der Tribüne der Kammer aus die Politik dieser Regierung angriffen.

Zu Beginn der Sitzung sprach Herriot in einer eindrucksvollen Rede sich für das Briand'sche Projekt einer europäischen Föderation aus. Herriot erklärte, seiner Ansicht nach sei der Briand'sche Plan nicht nur logisch und richtig, sondern auch unmittelbar praktisch durchführbar. Es handle sich um eine neue Etappe auf dem Wege der Verwirklichung des Friedens. Man dürfe aber nicht an das Beispiel des Zollvereins denken. Der Zollverein habe zu einer Einigung Deutschlands zugunsten Preussens geführt. Das sei der Grund zur Verpreussung Deutschlands gewesen. Frankreich wolle im Gegenteil allen anderen kleinen Nationen grosse Rechte einräumen und lehne jeden Versuch, die Idee des europäischen Zusammenschlusses zu einem Versuch der Herstellung einer Hegemonie Frankreichs auszubenten, auf das entschiedenste ab. Der Gedanke einer europäischen Union sei daher der Konstruktion des Zollvereins durchaus nicht vergleichbar. Die Gefahr einer politischen und ökonomischen Katastrophe schiessen Europa unabänderlich auf den Weg zu seiner Vereinigung. Die wirtschaftliche Möglichkeit des Zusammenschlusses Europas ist unmittelbar gegeben. Es sei zu hoffen, dass Frankreich

in kürzester Zeit in Genf einen präzisen und detaillierten Plan der europäischen Föderation einginge. Dieser Plan des Friedens solle nur auf universelle Art verwirklicht werden. Eine geplante Verbotsformel gegen den Krieg könne nicht genügen. Es handle sich um die Schaffung einer Organisation, die gegen Kriegsversuche auch Sanktionen ergreifen könne.

Dubois erklärte, gegen Briand's Aussenpolitik gerichtet, der Young-Plan biete Frankreich keine Garantie dafür, dass Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen werde. Dubois nahm dann aufs schärfste Stellung gegen die Räumung der dritten Zone, ehe die deutsche Schuld mobilisiert sei. Tardieu erklärte wiederholt, es sei unrichtig, dass die Räumung der dritten Zone begonnen habe. In diesem Zusammenhang entspann sich eine etwas konfuse Diskussion, an der sich die Abgeordneten Marin, Franklin Bouillon, Ministerpräsident Tardieu und Aussenminister Briand durch Zwischenrufe beteiligten. - Dann nahm Briand das Wort.

SPD. Prag, 26. Dezember (Eig.Drahtb.)

Der tschechoslowakische Ministerrat beschloss auf Antrag des Ministers Dr. Ludwig Czech (Soz.), für die Arbeitslosen 1,500.000 Kronen als ausserordentliche Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Die Unterstützung ist insbesondere für die arbeitslosen Textilarbeiter bestimmt, die sich in einer ausserordentlich schwierigen Lebenslage befinden.

SPD. Aachen, 26. Dez. (Eig.Drahtb.)

In der Nähe von Aachen fuhr ein Motorrad mit Beiwagen, das mit drei Personen besetzt war, in voller Fahrt gegen einen Baum. Der Motorradfahrer und ein Mitfahrer sind ihren schweren Verletzungen im Krankenhaus erlegen. Der zweite Mitfahrer liegt ebenfalls schwer darnieder.

SPD. Paris, 26. Dezember (Eig.Drahtb.)

Im Jahre 1929 ist im Pariser Münzamt eine einzige Goldmünze geprägt worden. Sie wurde als Geschenk für das neue Völkerbunds-Palais fertiggestellt. Auch für 1930 plant das Münzamt, nur eine einzige Goldmünze im Werte von 100 Frs. prägen zu lassen.

Es scheint, dass das goldene Zeitalter auch für das Münzwesen endgültig vorbei ist.

SPD. Prag, 26. Dezember (Eig.Drahtb.)

In Prag fand dieser Tage unter Teilnahme des deutschen oppositionellen Kommunisten Heinrich Brandler eine Sitzung des Aktionskomités der geeinigten kommunistischen Opposition in der Tschechoslowakei statt, in welcher der Gewerkschaftler Hais zum Obmann gewählt wurde. Durch diese Einigung ist eine neue politische Partei entstanden, welche 50.000 Mitglieder, eine Druckerei in Prag, sieben Arbeitshäuser und sechs Zeitungen besitzt.

SPD. Buenos Aires, 26. Dezember (Eig.Draht)

Auf den Präsidenten von Argentinien, Irrigoyen wurde am Dienstag, als er sein Palais in Begleitung des Polizeichefs von Buenos Aires und eines Regierungskommissars verliess, ein Revolverattentat verübt. Der Attentäter gab drei Schüsse ab, durch die die Begleiter des Präsidenten schwer verletzt wurden. Der Attentäter, der nach der Tat zu flüchten versuchte, wurde von einem Polizeibeamten durch einen Revolverschuss auf der Stelle getötet. Er wurde als ein 45jähriger Italiener Guarneri Marinelli identifiziert. Das Attentat hat in Buenos Aires ausserordentliche Erregung hervorgerufen.

Der amerikanische Staatspräsident sandte an Irrigoyen ein Glückwunschtelegramm. Auch aus europäischen und aussereuropäischen Staaten sind dem argentinischen Staatspräsidenten zahlreiche Glückwunschtelegramme zugegangen.

SPD. Konstantinopel, 26. Dez. (Eig.Draht)

In Besije (Anatolien) zerstörte ein Wirbelsturm zwei Häuser. Neun Personen wurden getötet, fünfzehn schwer verletzt.

SPD. Washington, 26. Dez. (Eig.Drahtb.)

Das Seitengebäude des Weissen Hauses, in dem sich die Privatbüros des amerikanischen Staatspräsidenten befinden, brannte in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch völlig aus. Zahlreiche wichtige Staatspapiere wurden ein Opfer der Flammen. Ein Teil der wichtigsten Privatpapiere des Präsidenten konnte in Sicherheit gebracht werden. Der Schaden ist ausserordentlich gross. Das Feuer ist durch Kurzschluss entstanden.

SPD. Dresden, 26. Dezember (Eig.Drahtb.)

Das sächsische Justizministerium hat anlässlich des Weihnachtsfestes 179 Straigefangene begnadigt. Der grösste Teil dieser Gefangenen wurde sofort auf freien Fuss gesetzt. Soweit keine Haftentlassung in Frage kommt, sind die Strafen gemildert bzw. umgewandelt worden.

SPD. Frankfurt/M., 26. Dez. (Eig.Drahtb.)

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ist inzwischen gegen 20 an den letzten Frankfurter Erwerbslosen-Demonstrationen beteiligten Personen die Voruntersuchung unter der Beschuldigung des Landfriedensbruches eröffnet worden. Von diesen 20 Personen befinden sich fünf Haupttäufelstführer in Haft.

SPD. Konstantinopel, 26. Dez. (Eig.Drahtb.)

In der Nacht zum Donnerstag wurde auf dem Marmara-Meer der bulgarische Dampfer "Warna" von dem griechischen Dampfer "Chrisi" gerammt und in zwei Teile zerschnitten. Die "Warna" sank sofort. Passagiere und Besatzung wurden unter schwierigen Umständen gerettet.

SPD. Amsterdam, 26. Dezember (Eig.Drahtb.)

In der Nacht zum ersten Weihnachtsfeiertag wurden in Enschede das dortige Kaufhaus Brenninkmeyer und zwei andere Geschäftshäuser durch Feuer vernichtet. Der sehr grosse Sachschaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Ursache des Feuers ist unbekannt.